

3.2 ↗ Neuausrichtung der Rüstungskontrolle

Die Neuausrichtung der Rüstungskontrolle bedarf einer Aufarbeitung historischer Stärken und Schwächen. Dabei sollte nicht nur das Fehlverhalten anderer in den Blick genommen, auch die Versäumnisse und eigenen Fehler des Westens sollten in die Analyse einbezogen werden, etwa der Ausstieg der USA aus dem Vertrag über die Begrenzung von antiballistischen Raketenabwehrsystemen (ABM-Vertrag) und der rüstungskontrollpolitische Kahlschlag unter dem ehemaligen US-Präsidenten Trump. Zur schonungslosen Analyse der Rüstungskontrolle gehört auch, sich über die strategischen Interessensunterschiede zwischen den USA und Europa und innerhalb Europas klar zu werden, die neuen Rüstungskontrollinitiativen Grenzen setzen. Nicht zuletzt muss die Verlässlichkeit der USA in Sachen Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik angesichts erheblicher innenpolitischer Herausforderungen nüchtern eingeschätzt werden.

Rüstungskontrolle im Sinne der klassischen arms control doctrine ist immer als integraler Bestandteil der Sicherheitspolitik verstanden worden. Abschreckung, Verteidigungsfähigkeit und Rüstungskontrolle schließen sich nicht aus. Im Gegenteil sollten schon frühzeitig bei der sicherheitspolitischen Planung Rüstungskontrollgesichtspunkte einbezogen werden. Zugleich zeigt der Ukrainekrieg, dass die stabilisierende Wirkung von Abschreckung von ihrer genauen Ausprägung und dem konkreten Gebrauch abhängt. Die Ausweitung von Einsatzoptionen, wie sie aktuell von Russland verfolgt wird, befeuert Eskalation und schadet zugleich der Glaubwürdigkeit und damit der einhegenden Funktion von Abschreckung. Dagegen hatte die glaubwürdige, sich vom nuklearen Ersteinsatz distanzierende und vor allem auf konventionelle Mittel setzende Abschreckungspolitik der USA und der NATO eine stabilisierende Rolle im Eskalationsmanagement gespielt. Flankiert von diplomatischen Initiativen gegenüber Drittstaaten zur Einhegung Russlands kann diese Politik als beispielhaft für das künftige Zusammenspiel von Abschreckung und Krisenmanagement betrachtet werden. Für die absehbare Zukunft wird Russland als vertrauenswürdiger Partner ausfallen. Damit Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle weiter bestehen und fortentwickelt werden, wird es entscheidend sein, den Verzicht auf einen nuklearen Ersteinsatz formal zu stärken und weitere Akteur:innen einzubinden. Deshalb sollte die Bundesregierung ihr Engagement im Bereich Rüstungskontrolle, Nichtverbreitung und Abrüstung auf weitere Staaten ausdehnen. Erfolgreiche Initiativen wie die Stockholm-Gruppe und internationale Kooperationen zur multilateralen Rüstungskontrolle und Verifikation müssen fortgesetzt und in politisches Handeln übertragen werden. Für den Erhalt größtmöglicher Unterstützung des Nichtverbreitungsregimes müssen neben effektiven Kontrollmaßnahmen auch Anreizsysteme und Ownership insbesondere für Nichtnuklearwaffenstaaten (NNWS) etabliert und Brücken zwischen NPT und TPNW geschlagen werden. Eine legitime und resiliente nukleare Ordnung erfordert mehr nukleare Gerechtigkeit, beispielsweise durch negative Sicherheitsgarantien für NNWS, die sowohl dem NPT als auch dem TPNW oder einer nuklearwaffenfreien Zone (NWZ) angehören; oder der Aufbau von Kompetenzen in der Verifikation für NNWS in Partnerschaft mit TPNW und NWZ.

Den Verzicht auf den nuklearen Ersteinsatz auch formal stärken und weitere Staaten einbinden

Nukleare Gerechtigkeit bedeutet auch – das zeigten im vergangenen Jahr insbesondere die Debatten bei der ersten Vertragsstaatenkonferenz des TPNW, an der Deutschland als Beobachter teilnahm – Aufarbeitung und Übernahme von Verantwortung der Nuklearwaffenstaaten und ihrer Alliierten für die Folgen von Einsatz und Tests dieser Waffen. Die Bundesregierung sollte deshalb ihre Ankündigung zu mehr Engagement in diesem Bereich durch substanzielle Beteiligung an einem internationalen Fonds für Opferunterstützung und Umweltsanierung umsetzen und ihre Alliierten dabei mit ins Boot holen (→ Baldus et al. 2022). Bei der Stärkung der Nichtverbreitung und Abrüstung biologischer und chemischer Waffen muss der Blick über den Krieg in der Ukraine hinaus gehen. Beide Kontrollregime bedürfen jenseits der aktuellen Krise der Unterstützung und Stärkung. Die deutschen Bemühungen in der OPCW, im Rahmen des BWC und zur Förderung von Biosicherheit sollten auch in der gegenwärtigen Situation aufrechterhalten und fortgesetzt werden.

Möglichkeiten der Stärkung gibt es zudem im Bereich humanitärer Rüstungskontrolle. Dazu zählt auch die Kontrolle von Klein- und Leichtwaffen (SALW) und ihrer Munition. Entsprechende Maßnahmen müssen auf globaler, regionaler, nationaler und lokaler Ebene stattfinden und den gesamten Lebenszyklus konventioneller Waffen in den Blick nehmen. Dadurch würden Synergien mit dem internationalen Waffenhandelsvertrag (ATT) geschaffen. Ein umfassender, kontextsensibel vorbereiteter Kapazitätsaufbau in Ländern des Globalen Südens hilft, das Risiko der unerlaubten Umleitung legal verbreiteter Waffen zu reduzieren. Gleichzeitig wird auf diese Weise der Güterkreis der konventionellen Waffen in eine komplementäre Rüstungskontrollpolitik integriert. Deutschland sollte sich dafür einsetzen, dass die Open-ended Working Group (OEWG) zur Munitionskontrolle in globalen Verhandlungen zu einem politisch verbindlichen Abkommen führt. Dies würde eine wichtige Lücke in der humanitären und konventionellen Rüstungskontrolle schließen.

3.3 ✓ Rüstungskontrolle und Desinformation

Eine große Herausforderung für die Rüstungskontrolle ist gegenwärtig die Desinformation. Desinformation unterscheidet sich von bloßer Fehlinformation dadurch, dass sie nicht nur falsche Tatsachenbehauptungen verbreitet, sondern dies in der Absicht tut, Schaden anzurichten. Desinformation und politische Täuschung sind keine neuen Phänomene. Allerdings war die Zeit nach dem Kalten Krieg bis vor wenigen Jahren relativ ungestört von den Problemen zwischenstaatlicher Täuschung. Die Entwicklung des geopolitischen Mächteverhältnisses, die veränderte Verbreitung von Nachrichten in den Medien und die Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnologie haben jedoch zu einem Umfeld geführt, in dem einige Staaten Täuschung und Betrug wieder als vorteilhafte Elemente ihrer nationalen Sicherheitsstrategien betrachten. Desinformation wird als Bedrohung für die Integrität demokratischer Systeme angesehen.